

Antrag

der Abgeordneten Sevim Dagdelen, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Verbotsverfahren gegen Oppositionspartei HDP klar verurteilen

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Der Deutsche Bundestag ist besorgt über die Massenverhaftungen von Politikerinnen und Politikern der Demokratischen Partei der Völker (HDP) in der Türkei. Das von der türkischen Generalstaatsanwaltschaft am 17. März 2021 beim Verfassungsgericht beantragte Verbot der zweitgrößten Oppositionspartei in dem NATO-Mitgliedsland unter Verweis auf absurde und konstruierte Terrorvorwürfe ist ein Anschlag auf alle Demokratinnen und Demokraten. Die HDP hat bei den Parlamentswahlen im Jahr 2018 fast sechs Millionen Wählerstimmen erhalten.
 2. Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass ein Verbot der HDP einem Putschversuch in der Türkei mit dem Ziel gleichkommt, der Koalition der Volksallianz von Staatspräsident Erdogan aus AKP und MHP bei aller weiteren Wahlen eine Mehrheit unabhängig vom Wählerwillen zu verschaffen.
 3. Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass insbesondere seit dem Jahr 2016 Regierungsgegner und Kritiker des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan massenweise verfolgt, darunter unzählige Journalistinnen und Journalisten sowie Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger. Demokratische Grundrechte wie die Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind eingeschränkt. Der EU-Erweiterungsbericht aus dem Jahr 2020 hat angesichts der anhaltenden Repression in der Türkei schwerwiegende Rückschritte in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und bei der Unabhängigkeit der Justiz festgestellt. Mit einem Verbot der HDP, die seit Jahren einer systematischen Verfolgung ausgesetzt ist, würde das von Staatspräsident Erdoğan autoritär regierte Land endgültig zu einer AKP-MHP-Diktatur umgebaut.
 4. Der Deutsche Bundestag fordert die Freilassung der politischen Gefangenen in der Türkei, darunter die beiden ehemaligen Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtaş und Figen Yükkedag, die im Zuge der

Immunitätsaufhebung zahlreicher weiterer HDP-Abgeordneter im türkischen Parlament im Mai 2016 auf Betreiben von Staatspräsident Erdoğan festgenommen wurden und die sich im Schutzprogramm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ des Deutschen Bundestages befinden.

5. Der Deutsche Bundestag mahnt die Umsetzung der Anordnung der Großen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 22.12.2020 an auf sofortige Freilassung von Selahattin Demirtas unter anderem aufgrund der Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und des Rechts auf Freiheit und Sicherheit.
6. Der Deutsche Bundestag wertet die Aufhebung der parlamentarischen Immunität und den Entzug des Mandats des HDP-Abgeordneten und Menschenrechtlers Ömer Faruk Gergerlioğlu am 17. März 2021 als weiteren Versuch, die Opposition in der Türkei mundtot zu machen und auszuschalten.
7. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich gegenüber Staatspräsident Erdoğan und der türkischen Regierung mit Nachdruck für eine Beendigung der politischen Verfolgung von Opposition und Zivilgesellschaft einzusetzen sowie auf die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien hinzuwirken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein Verbot der Demokratischen Partei der Völker (HDP) in der Türkei ohne Wenn und Aber als Putschversuch zurückzuweisen und Anschlag auf alle Demokratinnen und Demokraten zu verurteilen;
2. sich nicht die haltlosen Unterstellungen und Verdächtigungen des türkischen Staatspräsidenten Erdoğan zu Eigen zu machen und stattdessen eine Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei einzufordern;
3. in der EU darauf hinzuwirken, dass der Türkei vor dem Hintergrund zunehmender Verfolgung der Opposition und Zivilgesellschaft keine ‚positive Agenda‘ angeboten und Vorzugsbehandlungen in Form der Zollunion zurückgenommen werden;
4. Waffenexporte deutscher Rüstungskonzerne an das NATO-Mitglied Türkei ausnahmslos zu verbieten und einen EU-Ausfuhrstopp nicht länger zu blockieren;
5. der türkische Militärattaché in Berlin ausgewiesen wird, um ein klares Zeichen gegen den Putsch in der Türkei zu senden;
6. Gespräche mit Vertretern der türkischen Führung über eine Neuauflage des EU-Türkei-Flüchtlingsdeals und weitere Hilfgelder in Milliardenhöhe umgehend zu beenden.

Berlin, den ...

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion